

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN
LANDESREGIERUNG
Abteilung Sanitäts- und Krankenanstaltenrecht (GS4)
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten
Haus 15b, 6. Stock**



Leitfaden

Errichtung und Betrieb einer Pflegeeinrichtung

Bewilligungsverfahren nach dem
NÖ Sozialhilfegesetz 2000 (NÖ SHG)

1. Anwendungsbereich / Begriffe:

Soziale Einrichtungen nach §§ 46 und 47 NÖ Sozialhilfegesetz 2000 (NÖ SHG) bedürfen zu ihrer Errichtung und zu ihrem Betrieb einer Bewilligung.

Darunter fallen ua. Pflegeheime, Pflegeeinheiten und Pflegeplätze.

Pflegeheime sind Einrichtungen zur intensiven Betreuung und Pflege von Menschen, die vorwiegend bedingt durch ihr fortgeschrittenes Alter bzw. auf Grund ihres körperlichen und/oder geistig-seelischen Zustandes nicht im Stande sind, ein selbständiges, unabhängiges Leben zu führen und einen ständigen Betreuungs- und Pflegebedarf von mehr als 120 Stunden im Monat aufweisen.

Pflegeeinheiten sind Einrichtungen für 5 bis 12 pflegebedürftige Menschen.

Pflegeplätze sind Einrichtungen für 1 bis 4 pflegebedürftige Menschen.

Diese Einrichtungen bedürfen somit einer Bewilligung der NÖ Landesregierung nach dem NÖ SHG sowie der NÖ Pflegeheim Verordnung jeweils in der geltenden Fassung.

2. Ablauf des Errichtungs- und Betriebsbewilligungsverfahrens:

Bevor Sie einen Antrag auf Bewilligung einer Pflegeeinrichtung stellen, laden wir Sie gerne zu einer **Vorbesprechung** ein.

Um eine effiziente Vorbesprechung durchführen zu können, sind folgende Unterlagen mindestens 2 Wochen vor der Vorbesprechung elektronisch und in Papierform (in der Regel 6-fach) vorzulegen:

1. Anzahl der zu betreuenden und pflegenden Personen
2. Anzahl der Ein- und Zweibettzimmer pro Station/Wohnbereich
3. Personenkreis, der in der sozialen Einrichtung betreut werden soll (Sozialhilfebezieher)

4. Entwurf eines Pflege- und Betreuungskonzepts (Inhalt siehe Anhang A) - aus diesem muss im Wesentlichen hervorgehen:
 - Aufstellung, welche Betreuungs-, Pflege- und Rehabilitationsmaßnahmen vorgesehen sind
 - Pflegesystem
 - Pflegeorganisation
5. Entwurf einer Projektbeschreibung, bestehend aus
 - a) Raumprogramm (welche Räume und die Zimmergrößen dazu)
 - b) Bebauungsbestimmungen, Flächenwidmungen
 - c) Baubeschreibung
 - d) technische Beschreibungen (samt Entwurfsplänen), insbesondere
 - Haustechnik
 - Elektroinstallation, Sicherheitsbeleuchtung, Brandschutzvorkehrungen, Fluchtwege, Erste Löschhilfe,...
 - e) Auflistung, der in der Einrichtung vorgesehenen medizintechnischen Geräte
6. Entwurfspläne
7. Entwurf eines Brandschutzkonzeptes (nach TRVB A 107 und der TRVB 133/05 (N) 2005)

Hinweise:

- *Das Bauvorhaben ist auch mit dem zuständigen Arbeitsinspektorat und mit der zuständigen Gemeinde (Baubehörde) abzuklären.*
- *Wenn eine Förderung des Landes bzw. ein Vertrag mit dem Land bezüglich der Zuweisung von BewohnerInnen angestrebt wird, muss ein Bedarf an Pflegeplätzen gegeben sein. Dafür ist die Abteilung Soziales und Generationenförderung (GS5) zuständig.*

Wenn das Projekt im Rahmen der Vorbesprechung (Vorbegutachtung) als grundsätzlich bewilligungsfähig angesehen wird, kann ein Antrag auf Erteilung einer Errichtungs- und Betriebsbewilligung nach dem NÖ SHG gestellt werden.

Im Anschluss findet eine Verhandlung (erforderlichenfalls an Ort und Stelle) unter Beiziehung von Amtssachverständigen für Bautechnik, Sicherheitstechnik, Brandschutz, Pflege, Medizin und bei Bedarf für Lebensmittelhygiene statt.

Im Sinne der Verfahrensökonomie ist es empfehlenswert, dass die Verhandlung nach der Bauverhandlung der Gemeinde durchgeführt wird.

Folgende Unterlagen sind mindestens 5 Wochen vor der Verhandlung elektronisch und in Papierform (in der Regel 6-fach) vorzulegen:

1. Inhaltsverzeichnis über die vorgelegten Unterlagen
2. Antrag auf Erteilung der Errichtungs- und Betriebsbewilligung nach dem NÖ SHG mit folgendem Inhalt:
 - Personenkreis, der in der sozialen Einrichtung betreut werden soll
 - Höchstzahl der zu betreuenden Personen, Anzahl der Pflegeplätze, wie viele Abteilungen, wie viele Einbett- und Zweibettzimmer
3. Pflege- und Betreuungskonzept (Inhalt siehe Anhang A)
4. Personalkonzept, das beinhalten muss:
 - Anforderungen an persönliche und sachliche Eignung der zu bestellenden Leitungsperson und Pflegedienstleitung
 - Anzahl, Ausbildung und Funktion des vorgesehenen Personals
5. Hygienekonzept (Inhalt siehe Anhang B)
6. Abfallwirtschaftskonzept
7. ein von einem brandschutztechnischen Sachverständigen erstelltes Brandschutzkonzept (nach TRVB A 107 und der TRVB 133/05 (N) 2005) inkl. Plan für interne und externe Alarmierung

8. Projektbeschreibung, bestehend aus:

- a) Raumprogramm
- b) Baubeschreibung
- c) technische und funktionale Beschreibungen (samt Plänen)
 - HKLS (Heizungs-, Klima-, Lüftungs- und Sanitäreanlagen): Elektrotechnik, Sicherheitsbeleuchtung, Brandschutzvorkehrungen, Fluchtwege, Erste Löschhilfe, ...
 - Haustechnik
- d) Auflistung, der in der Einrichtung in Verwendung stehenden Maschinen und Geräte

9. unterfertigte Einreichpläne aller Gewerke (mit allen ortsfesten Verbauten)

10. Finanzierungsplan über die Errichtungs- und Ausstattungskosten sowie die Betriebskosten (für 5 Jahre); dieser ist von einem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer genehmigen zu lassen.

11. Baubehördlicher Bewilligungsbescheid:

Rechtskräftige Bewilligung der Baubehörde unter Anschluss der baubehördlichen Verhandlungsschrift bzw. der Gutachten. Bei lediglich anzeigepflichtigen Bauvorhaben ist eine Bestätigung der Baubehörde beizulegen, in der die Kenntnisnahme der Bauanzeige bestätigt wird.

12. Firmenbuch- oder Vereinsregisterauszug des Rechtsträgers (bei neuen Betreibern/Rechtsträger)

13. Strafregisterauskunft des Antragstellers

14. Nachweis des Benützungrechtes an der betroffenen Liegenschaft bzw. der betroffenen Anlagen (bei neuen Betreibern/Rechtsträger)

Der Errichtungs- und Betriebsbewilligungsbescheid wird erteilt, wenn:

- die bauliche und ausstattungsmäßige Planung der Anlage des Gebäudes sowie das vorliegende Betriebs- und Personalkonzept die Durchführung einer fachgerechten Sozialhilfe zulassen,
- die Mindestanforderungen der NÖ Pflegeheim Verordnung erfüllt sind,

- das Grundeigentum oder sonstige Rechte zur Benützung der für die Einrichtung in Betracht kommenden Anlagen nachgewiesen ist,
- die zivilrechtlichen und finanziellen Grundlagen die Errichtung und den laufenden Betrieb der Sozialhilfeeinrichtung zulassen,
- eine erforderliche baubehördliche Bewilligung erteilt wurde und
- gegen den Bewilligungswerber (bei einer juristischen Person gegen das zur Vertretung nach außen bestimmte Organ) keine rechtskräftige Verurteilung wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung vorliegt, die die Annahme rechtfertigt, dass die Bewilligung missbraucht werden könnte.

Fertigstellungsmeldung:

Mindestens 4 Wochen vor der Inbetriebnahme, ist diese der Abteilung Sanitäts- und Krankenanstaltenrecht anzuzeigen. Die Fertigstellungsmeldung soll beinhalten:

- Vollendung der Ausführung des Vorhabens mit einer Bauführerbestätigung über die ordnungsgemäße Einhaltung und Erfüllung der Auflagen des Errichtungs- und Betriebsbewilligungsbescheides
- Vorliegen der im Bewilligungsbescheid geforderten Atteste und Unterlagen
- Auflistung der Änderungen gegenüber der Errichtungs- und Betriebsbewilligung
- Fertigstellungsanzeige an die Baubehörde

Nachdem die Fertigstellungsmeldung von der Behörde zur Kenntnis genommen wurde, findet die 1. Aufsichtsverhandlung nach Inbetriebnahme statt (§ 52 NÖ SHG).

3. Aufsichtsverfahren:

Zur Überprüfung der im Bescheid erteilten Auflagen werden während des Betriebs routinemäßig kommissionelle Aufsichtsverfahren gemäß § 52 NÖ SHG durchgeführt. Dabei kontrolliert die Aufsichtsbehörde, ob den bautechnischen, sicherheitstechnischen, brandschutztechnischen, lebensmittelhygienischen, pflegerischen und medizinischen Anforderungen sowie den Zielen des NÖ SHG entsprochen wird und ob die Sicherheit in der Einrichtung insbesondere für BewohnerInnen, Personal und Angehörige gewährleistet ist.

4. Ansprechpersonen:

Für Fragen zum Verfahrensablauf bzw. rechtliche Fragen:

Abteilung Sanitäts- und Krankenanstaltenrecht (Abt, GS 4):

- MMag. Sabine Marth
Telefon: (02742) 9005-15669
E-Mail: post.gs4@noel.gv.at

Für bautechnische Fragen:

Abteilung Landeshochbau (Abt. BD 6):

- Ing. Mag.arch. Andreas Wörndl
Telefon: (02742) 9005-14930
E-Mail: post.bd6@noel.gv.at

- Ing. Johann Böhm
Telefon: (02742) 9005-14113
E-Mail: post.bd6@noel.gv.at

Für sicherheitstechnische Fragen:

Abteilung Anlagentechnik / Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen (Abt. BD 4):

- Ing. Robert Fahrnberger
Telefon: (02742) 9005-14296
E-Mail: post.bd4@noel.gv.at

Für lebensmittelhygienische Fragen:

Abteilung Veterinärangelegenheiten und Lebensmittelkontrolle (Abt. LF 5):

- Martin Bichler, BA
Tel: (02742) 9005-15636
E-Mail: post.lf5@noel.gv.at

Für Fragen betreffend Pflege und Betreuung – Fachbereich Pflege:

Abteilung Sanitäts- und Krankenanstaltenrecht (Abt. GS 4):

E-Mail: post.pflegeaufsicht@noel.gv.at

Für Fragen betreffend Finanzierung/Vertragsbetten:

Abteilung Soziales und Generationenförderung (Abt. GS 5):

E-Mail: post.gs5@noel.gv.at

5. Anhänge:

Anhang A – Inhalt des Pflege- und Betreuungskonzepts:

- Leistungsangebot (z.B. Langzeitpflege, Kurzzeitpflege, Übergangspflege, Tagespflege, Hausgemeinschaften/Wohngruppen, stationäres Hospiz, Intensivpflege, Betreuungsstationen, Demenzgruppen)
- Zielgruppen (z.B. BewohnerInnen mit Erkrankungen des demenziellen Formenkreises, chronisch psychisch Kranke, Wachkoma, unheilbar Kranke)
- Pflegeleitbild
- Pflege theoretische Grundlagen (Pflegetheorie, Pflegemodell, Pflegekonzepte)
- Aufbau- und Ablauforganisation (Organigramm, Beschreibung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungsbereiche)
- Pflegesystem (Bezugspflege, Gruppenpflege)
- Darlegung der Personaleinsatzplanung der einzelnen Wohnbereiche mit Qualifikation der MitarbeiterInnen, Tages- und Nachtpräsenzzeiten
- Pflegeprozess, Pflegedokumentation
- Soziale Betreuung – Angebote, Schwerpunkte, Organisation
- Ehrenamt – Organisation, Einbindung
- Angehörigenarbeit, Definition, Ausführung in der jeweiligen Zuständigkeit
- Qualitätssicherung (z.B. Richtlinien, Pflegevisite)
- Hygienekonzept (Hygiene- und Reinigungsplan, Standards/Richtlinien)
- Fort- und Weiterbildung, Schwerpunkte der Einrichtung bei der Fortbildung (Kommunikation, Basale Stimulation, Validation, Pflege nach Böhm...)
- Kooperationen (z.B. Zusammenarbeit mit Ärzten, Seelsorge, Therapeuten, mobiles Hospizteam, Öffentlichkeitsarbeit)
- Pflege und Betreuung von Menschen mit einer Erkrankung an Demenz
- Konzept zur Gewaltprävention (z.B. konkrete – auf die Einrichtung abgestimmte - Maßnahmen zur Gewaltprävention,...)

Anhang B – Inhalt des Hygieneplans/Hygienekonzepts:

a) Organisation der Hygiene

- Verantwortung
- Hygienekontaktperson/en der Einrichtung
- Externe Beratung
- Hygienemanagement / Qualitätssicherung

b) Arbeitsanweisungen für alle hygienisch relevanten Arbeitsvorgänge

- Händehygiene
- Persönliche Hygiene der MitarbeiterInnen
 - Dienstkleidung
 - Haare
 - Fingernägel
 - Schmuck
- Personalschutz
 - Maßnahmen zur Verminderung der Verletzungsgefahr
 - Maßnahmen nach erfolgter Verletzung
- Desinfektion
 - Allgemeine Hautdesinfektion/-antiseptik
 - Allgemeine Schleimhautdesinfektion/-antiseptik
 - Flächenreinigung und -desinfektion
 - Schlusdesinfektion
- Hygienemaßnahmen zur Verhütung von Atemwegsinfektionen
 - Tracheotomie
 - Beatmungsgerät
 - Endotracheales Absaugen
- Hygienemaßnahmen im Umgang mit Medikamenten
- Hygienemaßnahmen beim Verbandwechsel
- Hygienemaßnahmen im Umgang mit Wäsche
 - Reinwäsche, -lagerung
 - Schmutzwäsche, -transport, -zwischenlagerung
- Hygienemaßnahmen im Umgang mit Ausscheidungen
 - Harn
 - Stuhl
 - Sputum
- Hygienemaßnahmen im Rahmen der Abfallentsorgung
 - Restmüll
 - Papier/Karton
 - Glas
 - Bioabfälle
 - Kunststoff- und Verbundstoffverpackungen

- Sondermüll
- Hygienisches Vorgehen bei BewohnerInnen mit speziellen Infektionserregern
 - MRSA
 - Clostridium difficile
 - NORO-Viren
 - MRGN
 - Erkrankungen des Respirationstraktes (Influenza, SARS-CoV-2, ...)
 - Pseudomonas aeruginosa
 - Salmonellen
 - Skabies
 - Hepatitis (HAV, HBV, HCV)
 - HIV
- Hygienemaßnahmen zur Legionellenprophylaxe
- Hygienemaßnahmen im Umgang mit Haustieren in der Pflegeeinrichtung

c) Hygienezertifikat (Hygienepass) für die Wäscheaufbereitung

- Im Falle einer Fremdaufbereitung durch Auslagerung an einen dazu autorisierten Gewerbebetrieb ist jährlich ein aktuelles Hygienezertifikat (Hygienepass) vom Betrieb beizubringen und in der Sozialhilfeeinrichtung aufzubewahren.
- Bei Aufbereitung in der eigenen Einrichtung (hauseigene Wäscherei) ist durch ein Hygienegutachten sicherzustellen, dass die Wäscheaufbereitung entsprechend den Richtlinien der ÖGHMP erfolgt.

d) Auflistung der verwendeten Desinfektionsmittel

(ausnahmslos gelistete Desinfektionsmittel laut Experten-Liste der ÖGHMP- oder VAH).

e) Reinigungs- und Desinfektionsplan (wer, was, wann, womit, wie oft)

f) Plan für hygienetechnische Kontrollen

(z.B. Steckbeckenspüler, Geschirrspüler, Wasseruntersuchungen, Wäscheaufbereitung, Desinfektionsmittelzumischanlage u.a.m.)